



## MITTEILUNGSVORLAGE

VORL.NR. 117/21

**Federführung:**

FB Bürgerschaftliches Engagement, Soziales und Wohnen

**Sachbearbeitung:**

Henning, Volker  
Dietz, Mandy

**Datum:**

01.04.2021

<b>Beratungsfolge</b>	<b>Sitzungsdatum</b>	<b>Sitzungsart</b>
Ausschuss für Bildung, Sport und Soziales	21.04.2021	ÖFFENTLICH

**Betreff:** Kommunale Anschlussunterbringung: Integration der Geflüchteten  
**Bezug SEK:** MP6: Zusammenleben von Generationen und Nationen, SZ 03 OZ 01, 02 + 07

**Bezug:** Vorlage 068/20  
**Anlagen:** Bericht zur Integration der Geflüchteten der kommunalen Anschlussunterbringung in Ludwigsburg

**Mitteilung:**

Das Jahr 2020 war durch eine hohe Anzahl an Zuweisungen geprägt. Trotz eines hohen Rückstands aus dem Jahr 2019 konnten 190 Zuweisungen des Landkreises vollzogen werden. Seit 2015 kamen somit 934 Personen in die kommunale Anschlussunterbringung (AU). Davon sind bereits 345 ausgezogen, 589 plus 54 weitere Personen (643 Personen) lebten zum 31.12.2020 in der kommunalen AU.

Die verfügbaren Plätze konnten mit der Übernahme der Fröbelstraße vom Landkreis und dem Neubau der Mörikestraße ausgebaut werden, so dass für 2022 trotz auslaufender Mietverträge ausreichend Plätze vorhanden sind. Damit die Plätze auch mittelfristig ausreichen, ist die Verweildauer der Klient\*innen so gering wie möglich zu halten. Damit die Menschen ausziehen, müssen verschiedene Hürden genommen werden. Die förderlichen Faktoren sind komplex und bedingen oft einander. Aber das Jahr 2020 hat gezeigt, dass 92 Familien und Einzelpersonen (130 Personen) den Schritt aus der AU geschafft haben, davon sind 50 % in Ludwigsburg geblieben.

Die 12 städtischen Integrationsmanager\*innen und der Integrationsmanager der AWO betreuten am 31.12.2020 718 Klienten mit einem Beschäftigungsumfang von 925 %, wovon 422 % vom Land gefördert werden. Die Beratung der Integrationsmanager\*innen war durch die pandemiebedingten Kontaktbeschränkungen erschwert. Es ist zwar gelungen die Beratungsangebote aufrecht zu erhalten, so dass insgesamt 4.598 Beratungen durchgeführt wurden, aber die Einschränkungen waren ein Hindernis für die Geflüchteten.

Ein ähnliches Bild zeigte sich in der ehrenamtlichen Arbeit. Die Angebote konnten aufgrund pandemiebedingter Kontaktbeschränkungen nur teilweise fortgeführt werden. Es mussten kreative Wege gefunden werden, um in Kontakt zu bleiben und der Bedarf an einer individuellen Begleitung wuchs.

Auch mit dem hohen Engagement ist es sehr schwierig, unter Pandemiebedingungen die Betreuung und Beratung dem eigenen Anspruch entsprechend zu gestalten. Insbesondere das Homeschooling hat gezeigt, wie schnell die Kinder den Anschluss verlieren können, wenn es nicht engagierte Lehrkräfte, Erzieherinnen und Integrationsmanager\*innen gibt, welche die Eltern in diesen herausfordernden Zeiten auf kreative Weise unterstützen. Der begonnene Ausbau des WLAN-Angebotes in Lern- und Angebotsräumen der Anschlussunterbringung ist ein wichtiger Schritt um das Online-Lernen für alle Bewohner\*innen der Gemeinschaftsunterkünfte zu verbessern.

Erfreulich sind die Daten zu Kindertagesbetreuung, Spracherwerb und Beschäftigung.

- Im Bereich der Kindertageseinrichtungen wird bei Kindern ab 4 Jahren eine nahezu 100prozentige Versorgung erreicht. Nachholbedarf gibt es beim Zugang zu den Betreuungsplätzen für unter Dreijährige.
- Von den 385 Klienten der oben genannten Altersgruppe, welche noch in der kommunalen AU leben, haben 63 Personen (16 %) einen Arbeitsvertrag und 10 einen Ausbildungsvertrag (2,6 %). Bei den Beschäftigten überwiegen die befristeten Arbeitsverträge (35 Personen, 55,6 %). Sie arbeiten vorwiegend im Bereich Reinigung, Lager/Logistik, Einzelhandel und Gastronomie. Immerhin 22 Personen (34 %) haben einen unbefristeten Arbeitsvertrag.
- 2020 gab es 40 Selbstzahler in der kommunalen Anschlussunterbringung.
- Für 199 Klientinnen liegen Informationen über deren Sprachniveau vor. 119 Personen (60 %) sind auf dem elementaren Niveau (A1/A2), 72 (36 %) sprechen und lesen bereits selbständig Deutsch (B1/B2) und acht Personen (4 %) kompetent (C1/C2). Dieses Ergebnis entspricht nahezu dem Ergebnis von 2019, welches im Flüchtlingsbericht am 18.03.2020 vorgestellt wurde. Durch das Angebot des Landes können nun auch Personen an Sprachkursen teilnehmen, die bisher aufgrund ihrer Bleibeperspektive und ihres ausländerrechtlichen Status davon ausgeschlossen waren.

Sorge bereitet die steigende Anzahl an Personen mit einer Duldung. Zum 31.12.2020 waren es 130 Geduldete von 643 Personen in der kommunalen AU. Von ihnen unterlagen 57 einem Beschäftigungsverbot. Mit dem Auferlegen eines Beschäftigungsverbotes wird die Integration erschwert, ohne dass es Alternativen für die Menschen gibt. Die damit einhergehende Perspektivlosigkeit belastet die Beratungsprozesse, die ihrerseits an Komplexität zunehmen und lässt die Ziele des Integrationsmanagements in weite Ferne rücken.

Die Verlängerung der Förderung des Integrationsmanagements ist ein wichtiges Signal des Landes an die Kommunen und eine Anerkennung der Arbeit der Integrationsmanager\*innen. Die FAG-Zuweisungen erfolgten auch im Jahr 2020. Aber das Gesamtvolumen wurde von 90 Mio. € auf 15 Mio. € reduziert, so dass auch bei uns die Einnahmen nur noch ein Sechstel (59.000 €) betragen, obwohl die gemeldete Anzahl der Personen vergleichbar hoch war wie 2019.

**Unterschrift:**

**Volker Henning**

Finanzielle Auswirkungen?				
<input type="checkbox"/> Ja	<input type="checkbox"/> Nein	Gesamtkosten Maßnahme/Projekt:		EUR
<b>Ebene: Haushaltsplan</b>				
Teilhaushalt		Produktgruppe		
ErgHH: Ertrags-/Aufwandsart				
FinHH: Ein-/Auszahlungsart				
Investitionsmaßnahmen				
Deckung		<input type="checkbox"/> Ja		
		<input type="checkbox"/> Nein, Deckung durch		
<b>Ebene: Kontierung (intern)</b>				
Konsumtiv			Investiv	
Kostenstelle	Kostenart	Auftrag	Sachkonto	Auftrag

**Verteiler:**

DI, DII, DIII, DIV, 65, 48, 33, 32



LUDWIGSBURG

## NOTIZEN